



Stellungnahme zur Verschiebung der Geräteinitiative



**SLÖ-
FSG**
Mittwochs-
Info

Stellungnahme des SLÖ OÖ zur Verschiebung der Geräteinitiative

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
das Bundesministerium hat mit Schreiben vom 10. Juni 2026 angekündigt, die Ausgabe der Endgeräte im Rahmen der Geräteinitiative ab dem Schuljahr 2027/28 vom Beginn der 5. Schulstufe auf das zweite Semester der 6. Schulstufe zu verschieben. Der Minister präsentiert dies als pädagogischen Fortschritt. Wir teilen diese Einschätzung nicht und sehen uns veranlasst, in aller Deutlichkeit auf drei zentrale Probleme hinzuweisen.

1. Verdeckte Budgetkonsolidierung

Die Verschiebung der Geräteausgabe um eineinhalb Schuljahre bedeutet haushaltspolitisch nichts anderes als einen Aufschub von Beschaffungskosten. Wir halten es für inakzeptabel, dass eine solche Budgetmaßnahme als pädagogische Innovation verkauft wird. Wenn fiskalische Zwänge zu Verschiebungen von Bildungsinvestitionen führen, muss das transparent kommuniziert werden – nicht hinter wissenschaftlich klingenden Formulierungen verborgen.

2. Das Argument der fehlenden Selbstregulation

Der Minister begründet die Verschiebung mit mangelnder Selbstregulationsfähigkeit jüngerer Schülerinnen und Schüler. Dieses Argument ist nicht haltbar: Seit dem laufenden Schuljahr gilt ein generelles Handyverbot. Unkontrollierter Gerätekonsum findet nahezu ausschließlich im privaten Umfeld statt. Die Endgeräte der Geräteinitiative hingegen werden im Pflichtgegenstand Digitale Grundbildung unter direkter pädagogischer Begleitung eingesetzt – strukturiert, lehrplangebunden und beaufsichtigt. Die angeführten Studien sind auf diesen Kontext nicht pauschal übertragbar.

3. Rechtliche Unklarheit beim Pflichtgegenstand Digitale Grundbildung

Das Schreiben kündigt an, dass die 4 Jahreswochenstunden des gemäß § 21b SchOG gesetzlich verankerten Pflichtgegenstandes Digitale Grundbildung erhalten bleiben und schulautonom verteilt werden können – gleichzeitig stehen in der 1. Klasse keine Endgeräte zur Verfügung. Darf etwa eine Schule diese Stunden in lese- oder schreibfördernde Einheiten umwandeln? Oder bleibt die Lehrplanbindung unberührt, sodass Digitale Grundbildung ohne das dafür vorgesehene Arbeitsmittel zu unterrichten wäre? Beides gleichzeitig ist nicht möglich. Das Ministerium gibt darauf keine Antwort.



Stellungnahme zur Verschiebung der Geräteinitiative



SLÖ-
Mittwochs-
Info **FSG**

Ein grundlegendes Kommunikationsproblem

Diese Ankündigung steht symptomatisch für ein wiederkehrendes Muster: Neuerungen werden vage angekündigt, die konkrete Umsetzung den Schulen überlassen – während gleichzeitig standardisierte Bildungsausgaben und überprüfbare Bildungsstandards eingefordert werden. Wer zentralisierte, messbare Ergebnisse verlangt und die Wege dorthin vollständig den Einzelschulen überlässt, schiebt die Verantwortung für das Scheitern systematisch nach unten. Das ist keine Partnerschaft – das ist die Verlagerung von politischem Risiko auf jene, die täglich in den Klassen stehen.

Unsere Forderungen

1. Transparente Offenlegung der budgetären Auswirkungen der Verschiebung der Geräteinitiative.
2. Sachlich fundierte Begründung, die den tatsächlichen Rahmenbedingungen des österreichischen Schulalltags – insbesondere dem geltenden Handyverbot – Rechnung trägt.
3. Verbindliche, rechtlich klare Klarstellung, wie der Pflichtgegenstand Digitale Grundbildung in der 1. Klasse der Sekundarstufe I ohne Endgeräte inhaltlich und lehrplankonform zu gestalten ist.
4. Ein Ende der Praxis, bildungspolitische Entscheidungen vage anzukündigen und die operative Verantwortung für deren Umsetzung an die Schulen zu delegieren, während zentral definierte Leistungserwartungen unverändert bestehen bleiben.

Wir werden diese Punkte gegenüber der Bildungsdirektion und dem Ministerium weiter vertreten und stehen euch für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.